

Zürichsee-Zeitung, 7. Januar 2005

Pingpong-Streit über Streit über Staatsvertrag

Die Südschneiser und Bundesrat Leuenberger streiten über den Inhalt des abgelehnten Staatsvertrags

Mit dem Staatsvertrag gäbe es heute noch keine Südanflüge: Dies sagte Bundesrat Moritz Leuenberger gegenüber den Zürichsee-Zeitungen. Falsch, konterten entrüstete Leserbriefschreiber und der Verein Flugschneise Süd - Nein. Jetzt erhält Leuenberger Schützenhilfe vom Bazl und von Skyguide.

Andreas Schürer

«Meine Arbeit war immer darauf ausgerichtet, Südanflüge zu vermeiden. Darum auch der Staatsvertrag. Mit ihm gäbe es heute noch keinen einzigen Südanflug, ab nächstem Jahr an den Wochenenden, jedoch nicht jeden Tag.» Dies sagte Bundesrat Moritz Leuenberger in einem Interview in den Zürichsee-Zeitungen vom 4. Dezember 2004 - und löste damit eine Pingpong-Diskussion über den Inhalt des abgelehnten Staatsvertrags aus. Die «SonntagsZeitung» zitierte tags darauf Leuenbergers Interview-Aussage und hielt ihm vor, dass sie falsch sei - was der Bundesrat via Medienanwalt mit einer Gegendarstellung konterte. Andreas Bantel wertete dies in dem von ihm herausgegebenen Noiseletter als «pingeliges Bemühen um seine Reputation» und fragte sich, wie es sich ein Bundesrat leisten könne, wider belegbare Fakten derart fragwürdige Gegendarstellungen durchzuboxen.

Auch Leserbriefschreiber meldeten sich zahlreich zu Wort. In teilweise rüdem Tonfall warfen sie Leuenberger vor, dass seine Aussage nicht stimme - Südanflüge wären auch mit Staatsvertrag schon längst Realität, behaupteten sie. Und stiessen auf vehementen Widerspruch: Hugo Schittenhelm, Kommunikationschef in Leuenbergers Departement Uvek, bezichtigte einen Leserbriefschreiber im «Tages-Anzeiger» sogar der «gezielten Desinformation» - ebenfalls in einem Leserbrief. Auch der Verein Flugschneise Süd - Nein (VFSN) schaltete sich in die Diskussion über Leuenbergers Aussage in den Zürichsee-Zeitungen ein. In der «NZZ» leistete sich der Verein ein Inserat in Form eines offenen Briefes an den Bundesrat. Das Fazit des VFSN lautete ebenfalls: «Auch mit dem Staatsvertrag gäbe es heute bereits Südanflüge.» Auch diese Publikation konterte Leuenbergers Departement mit einer Stellungnahme. Noiseletter-Herausgeber Bantel kommentierte hämisch: «Moritz Leuenberger liefert den Schneisern einen verzweifelten Kampf um den angeblichen Sinn des Staatsvertrags. Mein Motto: Lassen wir ihn etwas strampeln.»

Schneiser wehren sich weiter

Beobachter der Diskussion mögen sich fragen, ob die Südanflug-Gegner nicht gescheiter all ihre Kraft für den weiteren Widerstand gegen die Südanflüge bündeln würden - statt einen medialen Kleinkrieg über den ohnehin abgelehnten Staatsvertrag mit dem verantwortlichen Bundesrat auszutragen. VFSN-Präsident Thomas Morf sagt dazu: «Wir können es nicht auf uns sitzen lassen, wenn Moritz Leuenberger uns respektive unsere Mitglieder der Desinformation beschuldigt.» Der VFSN zeichne sich durch fundierte Recherchen aus - und ebendiese hätten ergeben, dass die Südanflüge mit Staatsvertrag bereits im Sommer 2003 eingeführt worden wären. Morf beruft sich insbesondere auf eine Stellungnahme des Bundesamtes für Zivilluffahrt (Bazl) vom 15. Oktober 2002 - also vor Ablehnung des Staatsvertrags. Darin heisst es: «Es liegt im Interesse des Bazl, dass die Südanflüge so rasch als möglich benützt werden können, da damit einerseits eine Entlastung der vom Anflug auf die Piste 28 (Ostanflüge, Anmerkung der Red.) betroffenen Bevölkerung erfolgt und andererseits weniger häufig von der Ausnahmeregelung des Staatsvertrags Gebrauch gemacht werden muss.» Andernorts schreibt das Bazl. nötige Abklärungen und die

Dachziegelklammerungen würden bis im Sommer 2003 abgeschlossen sein, so dass die Südanflüge ohne Verzögerungen eingeführt werden könnten.

Uvek hält an Aussage fest

Haben die Schneiser also Recht? Hat sich Leuenberger geirrt oder im Interview mit den Zürichsee-Zeitungen den Bürgern gar bewusst Sand in die Augen gestreut? Uvek-Kommunikationschef Schittenhelm verneint. Im Staatsvertrag vom 21. Oktober 2001 habe die Schweiz Deutschland eine Übergangsfrist von 41 Monaten abgerungen, also bis im Februar 2005. Dieser Termin hätte gerade ausgereicht, um ein ordentliches Genehmigungsverfahren unter Wahrung der Rechtsmittelfristen durchzuziehen, begründet Schittenhelm. Die frühere Einführung eines neuen Anflugregimes wäre aber unmöglich gewesen, sagt er. Bezüglich den Aussagen des Bazl räumt er ein: «Sicher waren die Äusserungen der alten Bazl-Führung missverständlich. Das ändert aber nichts daran, dass Leuenberger eine Anwendung der Südanflüge vor Februar 2005 nicht genehmigt hätte.» Schittenhelms Appell: «Bei aller Vergangenheitsbewältigung sollten jetzt alle Beteiligten ihre Energie darauf verwenden, konstruktiv und ohne gegenseitige Schuldzuweisungen zu einer akzeptablen Lösung zu kommen.»

Bazl-Pressesprecher Daniel Göring bestätigt Schittenhelms Aussage, dass die 41 Monate Übergangsfrist für die ordentliche Umsetzung des Südanflugs nötig gewesen wären. Zu den Aussagen der ehemaligen Bazl-Verantwortlichen bezüglich einer früheren Einführung sagt Göring: «Es macht keinen Sinn, sich in eine Diskussion darüber zu verstricken, wer wann was geäussert hat. Wichtig ist jetzt, dass sich alle Beteiligten auf die künftige Betriebsgestaltung konzentrieren.» Der Bund tue dies mit der begonnenen Fortsetzung des SIL-Koordinationsprozesses.

Schützenhilfe erfährt Leuenberger auch von der Flugsicherung Skyguide. Pressesprecherin Rosemarie Rotzetter sagt: «Gemäss unseren Informationen wären die Südanflüge mit dem Staatsvertrag im Februar 2005 eingeführt worden. Wir hätten dies begrüsst, weil es uns mehr Zeit gegeben hätte für die nötigen Vorbereitungen.»

VFSN kündigt Beweise an

Doch für VFSN-Präsident Morf ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. «Bundesrat Leuenberger schadet unserem Ruf, wenn er unsere Rechercheergebnisse als unrichtige Behauptungen abtut.» Deshalb sei der VFSN derzeit am Aufbereiten weiterer Beweise für seine Aussagen. Unabhängig von der Staatsvertrag-Diskussion habe Leuenberger Gelegenheit zu beweisen, dass er tatsächlich die Südanflüge verhindern wolle. Morf fordert: «Er soll seinen Einfluss geltend machen, dass noch dieses Jahr der gekröpfte Nordanflug eingeführt wird und dass das von Unique beim Bazl eingereichte vorläufige Betriebsreglement, das Südanflüge ohne zeitliche Beschränkung möglich macht, nicht genehmigt wird.»